

Nachhaltige Entwicklung

Seit Beginn der 1960er Jahre wird zunehmend bewusst, dass die Menschheit im Begriff ist, ihre natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören. Das ist erkennbar und wissenschaftlich nachgewiesen an der Verschmutzung der Gewässer, dem Absinken der Grundwasserspiegel, der Klimaerwärmung, der Schädigung der Ozonschicht, der Zunahme extremer Wetterereignisse, der Vernichtung von Primärwäldern, der Ausrottung biologischer Arten, der Schädigung der Böden und der Erosion der Humusschichten. Diese Symptome hängen eng miteinander zusammen. Die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung („Brundtland-Kommission“) hat 1987 in ihrem Bericht an die UN-Vollversammlung („Brundtland-Bericht“, dt. Unsere gemeinsame Zukunft) diese Diagnose bestätigt. Sie hat darüber hinaus festgestellt, dass für diesen sich beschleunigenden Prozess in erster Linie der Naturverbrauch der reichen Länder verantwortlich ist. Bei etwa einem Fünftel der Weltbevölkerung nehmen die OECD-Länder etwa vier Fünftel der Naturressourcen der Erde für sich in Anspruch. Wenn es eine Lösung des Problems geben soll, muss sie bei den reichen Ländern anfangen.

Der Brundtland-Bericht definiert, dass eine Entwicklung dann als nachhaltig zu bezeichnen sei, wenn sie es gegenwärtigen Generationen erlaubt, ihre Bedürfnisse zu befriedigen, ohne zukünftige Generationen im gleichen Bestreben zu beeinträchtigen. Er fordert damit zwei Gerechtigkeitsziele: die *intragenerative* Gerechtigkeit, d.h. den Ausgleich der Lebenschancen zwischen heute lebenden Menschen, und die *intergenerative* Gerechtigkeit, die verlangt, dass dies nicht auf Kosten künftiger Generationen gehen dürfe. Der Kommission ist bewusst, dass das Naturkapital nur erhalten werden kann, wenn entsprechende Änderungen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisation durchgeführt werden (daraus wurde das „Drei-Säulen-Prinzip“ der Nachhaltigkeit: Ökologie, Ökonomie, Gesellschaft).

Dies war die Grundlage für die Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung (Rio de Janeiro, Juni 1992). Um eine Nachhaltige Entwicklung in Gang zu setzen, sind dort verschiedene Dokumente von den Staats- und Regierungschefs unterzeichnet worden:

- (a) die Rio-Deklaration,
- (b) die Agenda 21,
- (c) die Klimarahmenkonvention,
- (d) die Konvention über die biologische Vielfalt,
- (e) eine Erklärung über die Wälder,
- (f) eine Erklärung über die Wüsten.

Die Dokumente c-f haben jeweils zu weiteren Verhandlungen zwischen den Unterzeichnerstaaten geführt (am bekanntesten das Kyoto-Protokoll zur Klimapolitik, verabschiedet im Januar 2002, und das Cartagena-Protokoll für biologische Sicherheit). Diese Verhandlungen sind vor allem von einer Gruppe westlicher Länder unter Führung der amerikanischen Regierung behindert, z.T. boykottiert worden. Europa hat überwiegend eine positiv-konstruktive Haltung in den Verhandlungen eingenommen. Die Regierungen haben sich an der Rio-Konferenz verpflichtet, innerhalb von zehn Jahren nationale Strategien für Nachhaltige Entwicklung zu erarbeiten. Sie sind am Weltgipfel von Johannesburg (der ansonsten ein Fehlschlag war) vorgelegt worden. Die EU hat eine Strategie für Nachhaltige Entwicklung im Juni 2002 am Europäischen Rat in Göteborg verabschiedet. Die Bundesregierung hat eine Strategie für Nachhaltige Entwicklung unter dem Titel „Perspektiven für Deutschland“ im September 2002 veröffentlicht. Sie erklärt dort, Nachhaltige Entwicklung sei das übergreifende Ziel ihrer gesamten Politik.

Die reichen Länder tragen eine besondere Verantwortung für den Prozess Nachhaltiger Entwicklung nicht nur wegen ihres weitaus überproportional hohen Naturverbrauchs, sondern auch wegen ihres dominierenden politischen und wirtschaftlichen Einflusses. Sie müssen, um das Ziel Nachhaltiger Entwicklung zu erreichen,

1. ihren eigenen Verbrauch an natürlichen Ressourcen drastisch einschränken (dazu gibt es die sog. „Management-Regeln nachhaltiger Entwicklung“: der Verbrauch nicht-erneuerbarer Ressourcen ist zu minimieren; der Verbrauch erneuerbarer Ressourcen darf nicht größer sein als ihre Regenerationsrate; Senken dürfen höchsten bis zur natürlichen Absorbtionsrate belastet werden; Klima und Artenvielfalt sind zu erhalten; Grossrisiken zu vermeiden);
2. ihre gesamte Politik auf dieses Ziel sowie auf die Erreichung intra- und intergenerativer Gerechtigkeit hin koordinieren;
3. ihren Einfluss in den internationalen Organisationen (vor allem im Internationalen Währungsfonds, der Weltbank, der Welthandelsorganisation, der UN und ihren Sonderorganisationen, aber auch der OECD, der NATO, der EU etc.) im Sinn Nachhaltiger Entwicklung geltend machen;
4. ihren Einfluss in bilateralen Beziehungen (vor allem der Außen- und Entwicklungspolitik) im Sinn Nachhaltiger Entwicklung einsetzen.

Die Agenda 21 bestimmt in ihrem Kapitel 28, dass die Regierungen der Unterzeichnerstaaten ihre kommunalen Gebietskörperschaften zu nachhaltiger Entwicklung anhalten und sich dazu in einem breiten Konsultationsprozess mit allen gesellschaftlichen Gruppen engagieren sollen (das ist die „Verfassung“ der Lokalen Agenda 21, abgekürzt LA21). Der International Council for Local Environmental Initiatives (ICLEI, Hauptsitz Toronto, Europasitz Freiburg i.B.) ist die weltweit wichtigste Institution dafür.

1994 ist in Aalborg (DK) eine „Charta von Aalborg“ verabschiedet worden, die festlegt, welche Verpflichtungen die Kommunen im Sinn Nachhaltiger Entwicklung übernehmen sollen. Dies ist 1996 durch den „Aktionsplan von Lisabonn“ und 1998 durch den „Aufruf von Hannover“ bekräftigt worden. In Aalborg wurde die „Europäische Kampagne zukunftsfähiger Städte und Regionen“ ins Leben gerufen, ein Dachverband der europäischen LA21, dem heute 1.888 Städte und Regionen aus 39 Ländern angehören.

In Deutschland wurde die erste LA21 1995 in Berlin-Köpenick gegründet. Heute gibt es etwa 2.000 Städte und Gemeinden (von 14.000), die einen formellen Beschluss zur LA21 gefasst und sich damit auf die Ziele Nachhaltiger Entwicklung verpflichtet haben. Agenda-Transfer hat in NRW von Anfang an eine wichtige Rolle in diesem Prozess gespielt. Heute gibt es eine bundesweite Servicestelle.

Die LA21 soll beitragen zur Einsparung natürlicher Ressourcen. Sie soll zu diesem Zweck mit allen gesellschaftlichen Institutionen und Gruppen zusammen arbeiten. Sie soll zur Aufklärung, Bildung und Mobilisierung der Bevölkerung auf dieses Ziel hin beitragen.

Nachhaltige Entwicklung ist nicht dann erreicht, wenn es *uns* dauerhaft gut geht, sondern wenn wir einen wirksamen Beitrag zur *globalen* Ressourcenschonung leisten!

Trier, Datum

Prof. Dr. Bernd Hamm
Vorsitzender des Lenkungsausschusses
der Lokalen Agenda Trier e.V.